

## Sexuelle Repression in Afrika

Schwule, Lesben, schwangere Frauen.

In Kenia und Uganda ist der Weg zur sexuellen Selbstbestimmung noch weit

David Kato wurde nicht alt. Er war 55, als am 26. Januar diesen Jahres Unbekannte in sein Haus in Mukono, einem Vorort der ugandischen Hauptstadt Kampala, eindrangen und ihn so schwer verletzten, dass der Jurist kurz darauf auf dem Weg ins Krankenhaus starb. Es sei ein Hammer gefunden worden, sagte eine Polizeisprecherin.

Wer Katos Mörder sind, ist noch unklar, ihr Motiv hingegen scheint eindeutig, denn Kato hatte es gewagt, sich als Schwuler in Uganda zu wehren, gegen die allgegenwärtige Hetze, die ihm seit seinem Coming-Out entgegen geschlagen war. Ein Foto des Gründers der Organisation »Sexual Minorities Uganda« (SMUG) war Ende vergangenen Jahres auf der Titelseite der ugandischen Boulevardzeitung *Rolling Stone* erschienen, die an jenem Tag Bilder bekennender oder angeblicher Homosexueller mit Namen und Adresse unter der Schlagzeile »Hängt sie auf!« veröffentlicht hatte.

Schon in seiner allerersten Ausgabe veröffentlichte das Magazin eine schwarze Liste der »100 Top-Homos von Uganda« mit Namen, Foto und der Empfehlung, sie zu lynchen. Die Ausgaben fanden reißenden Absatz. Kato klagte und Anfang Januar verbot ein ugandisches Gericht daraufhin den Medien des Landes, Schwule zu outen. Kato wurden umgerechnet etwa 500 Euro Schmerzensgeld zugesprochen. *Rolling Stone* kündigte an in Berufung zu gehen, der »Kampf gegen das Böse in der Gesellschaft dürfe nicht nachlassen«, sagte der Geschäftsführer des Blattes, Giles Muhame, nach der Urteilsverkündung.

Als Kato drei Wochen später im ugandischen Dorf Namirembe zu Grabe getragen wurde, beschimpfte der Pfarrer die schwulen und lesbischen Trauergäste als »Sünder, die vernichtet werden sollen.« Stattdessen müssten die SMUG-Aktivistinnen »bereuen und zu Gott zurückkehren«. Als diese heftig protestierten, kamen dem Priester die Einwohner des Heimatdorfs von Kato zur Hilfe.

Die letzten Monate im Leben von David Kato werfen ein Schlaglicht auf die Tiefe und die Verbreitung von Ressentiments gegen Schwule, Lesben und Transsexuelle in weiten Teilen Afrikas. Und sie lassen erahnen, wie weit der Weg zur sexuellen Selbstbestimmung auch heterosexueller Frauen oft noch ist.

In Uganda haben die Mörder von Kato nichts weiter getan, als selbst in die Hand zu nehmen, was die Regierungspartei seit Oktober 2009 hoch offiziell plant: Die Tötung von Homosexuellen wegen des Auslebens ihrer sexuellen Orientierung.

Am 13. Oktober 2009 brachte der Abgeordnete David Bahati die so genannte »Anti-Homosexuality Bill« in das Parlament von Kampala ein. Seit der Unabhängigkeit des Landes 1962 ist gleichgeschlechtlicher Sex als »Unzucht gegen die Ordnung der Natur« mit lebenslanger Haft bedroht. Um die »traditionelle afrikanische Familie« zu schützen, regte Bahati nun an, »schwere Fälle« von Homosexualität – etwa mit HIV-Positiven, Behinderten, Minderjährigen oder von »Wiederholungstätern« – mit der Todesstrafe zu ahnden. Das »Werben« für Homosexualität soll künftig mit mehrjähriger Haft bestraft werden, zudem will er eine Anzeigepflicht einführen.

Bahati erntete breite Zustimmung – in der Bevölkerung wie im Parlament. Einen großen Anteil daran tragen evangelikale Organisationen wie das amerikanische »The Family«-Netzwerk. Ihre fundamentalistischen Lehren und zweifelhaften religiösen Dienstleistungen erfreuen sich seit Jahren starken Zulaufs in Uganda. Sie eröffnen Bibelschulen, beten gegen saftige Gebühren für Kranke, ihre Wanderprediger ziehen durch das Land und füllen Fußballstadien. Bahati gilt als Mitglied von »The Family«, der ugandische Präsident Museveni ist regelmäßiger Gast beim »Prayers Breakfast«, an wechselnden Orten treffen sich dort auf Einladung von »The Family« politische Führer aus aller Welt. 2008 kam Museveni dafür nach Spandau.

Sender wie »Radio Maria« verbreiten die Botschaft »Sodomie« schwappe aus »dem Westen« über das Land, zerstöre »afrikanische Werte« und »afrikanische Familien« – obwohl Schätzungen zufolge bis zu einer halben Million UganderInnen schwul oder lesbisch sind. Immer wieder ist die Rede von Vergewaltigungen kleiner Jungen durch homosexuelle Männer.

Einer der einflussreichsten Unterstützer der Bahati-Bill ist der radikale Prediger Martin Ssempe. Der kündigte am 24. Februar vergangenen Jahres an, als die Debatte um die Bahati-Bill hochkochte, eine Million UganderInnen auf die Straße zu bringen, um für das Gesetz zu demonstrieren. Zur Mobilisierung zeigte er in seiner Kirche Hunderten Gläubigen schwule Pornovideos. »Seht Ihr? Der hier leckt dem anderen den Anus. Ist es das, was Obama nach Afrika bringen will?« rief er der Gemeinde in Anspielung auf Barack Obamas Kritik an dem Gesetzentwurf zu. Der »Million-Man-March« wurde allerdings »aus Sicherheitsgründen« abgesagt.

Kaum eine Zeitung wagte es, Bahatis Vorstoß zu kritisieren. Einer der wenigen Journalisten, die es dennoch taten, war Andrew Mwenda, der Herausgeber der Wochenzeitschrift »Independent«. Als er im November in einem Leitartikel die Schwulenhatz mit den Rassegesetzen der amerikanischen Südstaaten verglich, gingen Morddrohungen bei ihm ein.

Von einigen Rechtsanwälten abgesehen sind auch die 342 Abgeordneten fast alle für den Gesetzentwurf. Eine Woche nach Ssempeas Pornomesse gab es in Kampala ein Hearing unter dem Titel »Menschenrechte und sexuelle Orientierung«, auf dem die Bahati-Bill diskutiert werden sollte. Sprecher von Schwulenverbänden zogen es aus Angst vor Übergriffen vor, sich dort nicht zu äußern. Dafür sprach der oppositionelle Abgeordnete Otto Odongo. »Ich würde sogar meinen eigenen Sohn töten, wenn der schwul wäre,« bekannte

Odongo. »Menschenrechte sind nicht unantastbar. Geschlechtsteile gehören nicht in den Anus. Wir werden so ein Verhalten in unserer Gesellschaft nicht akzeptieren.«

Eine zivilgesellschaftliche Formierung, die solchen Ansichten entgegen treten würde, ist nicht in Sicht, auch von den staatlichen Hütern der Grundrechte haben Schwule, Lesben und Transgender nicht viel zu erwarten. Bei der ugandischen Menschenrechtskommission (UHRC) in Kampala etwa hält man schon die Frage nach dem Thema gar für eine besonders perfide Form des Neokolonialismus. Ein Abteilungsleiter verwies bei einem Treffen im Mai vergangenen Jahres – der Gesetzesentwurf stand da gerade kurz vor seiner entscheidenden Lesung im Parlament – kurzerhand auf vermeintliche »Grundrechtsverletzungen« in Europa: »Polygamie zum Beispiel ist bei ihnen in Deutschland doch verboten, oder?« fragt der UHRC-Commissioner Agaba Maguru. »Bei uns ist das aber völlig normal.« Nun möge man sich doch einmal vorstellen, »wir, also Uganda, seien mächtig, und Sie, also Deutschland, seien arm«. Wie würde man es da wohl finden, wenn Uganda versuchen würde, mit der Drohung, Entwicklungshilfeszahlungen einzustellen, die Deutschen zur Akzeptanz von Polygamie zu zwingen? »Sehen Sie!«

Monatelang schwieg die Menschenrechtskommission zu Bahatis Vorstoß. Am Ende hieß es nur, es sei »schwierig«, das Gesetz mit »bestimmten Menschenrechtsstandards« in Einklang zu bringen. Viel mehr Anstoß nahm man an der Kritik aus Europa: Die nennt Maguru eine »arrogante ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes.« Als sich abzeichnete, dass Bahatis Initiative womöglich durchkommt, hatten viele westliche Geberländer Präsident Museveni klagemacht, dass sie dies als Verstoß gegen die Regeln der »Good Governance« betrachten würden und eine Streichung von Zuwendungen erwögen.



Rund ein Drittel des ugandischen Staatshaushaltes von rund 1,4 Milliarden Dollar besteht aus nicht-zweckgebundener, ausländischer Budgethilfe.

»Das Ausland hat fast so getan, als wäre die Toleranz gegenüber Schwulen ein stärkerer Gradmesser für Demokratie als freie Wahlen,« beklagt sich Maguru. Das habe die schwulenfeindliche Stimmung nur verstärkt. »Diese Geschichte vereint Uganda mehr als Fußball. Jeder Priester betet jetzt für Bahati.« Die Zustimmung für das Gesetz sei »ein Synonym für Patriotismus« geworden.

Dass Mitte April 2010 ein schwuler Ugander in Nürnberg politisches Asyl bekommen hat, irritiert ihn. »Ist es wahr, dass Ihr Außenminister schwul ist?« »Ja.« »Aha. Kann es vielleicht daran gelegen haben?«

Die Klagen von Schwulenorganisationen, ein Coming-Out sei praktisch gleichbedeutend mit sozialem Selbstmord, habe den Rauswurf aus Wohnung, Familie, Job oder Schule zur Folge, spielt Maguru herunter. »Man darf sie deswegen ja gar nicht kündigen. Es kann höchstens sein, dass Sie gar nicht erst einen Job kriegen, wenn Sie sich beim Vorstellungsgespräch die Haare hochstecken. Oder Lippenstift tragen. Oder ein Kleid anziehen.«

Dabei widmen sich gleich zwei Paragraphen dem Tatbestand. »Gross Indecency«, schwere Unzucht, nennt es der Artikel 148. »Geschlechtsverkehr gegen die Ordnung der Natur« heißt es in Artikel 145 des ugandischen Strafgesetzbuches. Gemeint ist jeweils dasselbe: Gleichgeschlechtlicher Sex.

Eric Bwire hat gegen beide verstoßen. Er ist bisexuelle Ugander und stellte einen Asylantrag in Deutschland, dessen Anerkennung bei der UHRC für Verwunderung sorgte. »Seit Anfang des Jahrzehnts machen ›Anti-Gay-Squads‹, von der Regierung finanzierte Paramilitärs, Jagd auf Schwule in Uganda,« sagt er. Mit anderen Schwulen und Lesben hat der 31-jährige Journalist deshalb »Anti Homophobie Africain« gegründet, ein Netzwerk für die Rechte »sexueller Minderheiten«, wie er es nennt. Danach waren seine Tage in Mukono, eben dort, wo kürzlich David Kato ermordet wurde, gezählt.

In Uganda wäre er heute »entweder tot oder im Gefängnis«, hat Bwire bei seiner Anhörung durch das Bundesamt für Flucht und Migration gesagt. »Homophobie gab es dort schon immer«, doch Ende der neunziger Jahre habe Präsident Yoweri Kaguta Museveni die Verfolgung von Schwulen zur Staatsdoktrin erhoben. »Er hat das Volk

aufgefordert, in jedem Winkel des Landes nach Homosexuellen zu suchen,« sagt Bwire. Langsam aber sicher habe sich eine Pogromstimmung ausgebreitet. »Hunderte sind der Lynchjustiz zum Opfer gefallen.« Schwule und Männer, die dafür gehalten wurden, seien auf der Straße, in Toiletten von Bars und selbst in öffentlichen Bussen erschlagen worden. »Einer meiner engsten Freunde hat sich aus Verzweiflung umgebracht, zwei andere wurden getötet.«

Der seit 1986 ununterbrochen regierende Autokrat Museveni wurde vom Ausland vor allem wegen seiner Erfolge im Kampf gegen AIDS unterstützt. Heute sind etwa fünf von Hundert Ugandern HIV-positiv, Ende der 1980er Jahre waren es noch über 15 Prozent. Viele Millionen Dollar waren in das Land geflossen, die Gesundheitspolitik galt als Vorbild für Afrika. Schwule hingegen galten als Gefahr für die Volksgesundheit, sie seien von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen, so Bwire, irgendwann mochten sie dies nicht mehr hinnehmen: »Ende der neunziger Jahre gingen sie in die Öffentlichkeit und forderten ein Recht auf medizinische Versorgung bei HIV.« Seither verfolgt sie der Staat mit einem Eifer, der an die Tugendwächter der iranischen Religionspolizei erinnert.

»Weißt Du, was passiert, wenn ein Schwuler in Uganda zu einem Arzt geht und behandelt werden will?« fragt Bwire. Wenn er Glück habe, werde er weggeschickt, wenn er Pech habe, nehme man ihn fest und foltere ihn, um die Namen weiterer Schwuler zu erfahren. »Wenn jemand verdächtigt wird, schwul zu sein, dann wird sein Anus untersucht.« »Anti Homophobie Africain« (AHA) habe versucht, diese Zustände zu dokumentieren.

Eine Zeit lang konnte er seine politische Arbeit mit seinem Beruf verbinden, 2002 bekam der Diplom-Journalist einen Job bei der Wochenzeitung »Sunrise«. Am Anfang, als die Lynchmorde häufiger wurden, schrieb er hin und wieder über »Sexual Minorities«. Bald aber war damit Schluss, der Chefredakteur wollte sein Blatt nicht dem Verdacht aussetzen, sexuelle Andersartigkeiten gutzuheißen. »Wir können das nicht unter den Tisch fallen lassen,« habe Bwire entgegnet – und sich dem Verdacht ausgesetzt gesehen, womöglich selbst schwul zu sein. »Ich hab‹ Nein gesagt.«

Ein richtiges »Coming-Out« habe er nie gehabt. »Ich war ja vorher schon in der Schwulenszene unterwegs. Da ergaben sich die Dinge einfach.« Schwules Leben sei in Uganda sehr zurückgezo-

gen. »Es gibt ein paar »gay-friendly« Bars, ansonsten findet aber alles in privaten Räumen statt.« In der AHA seien auch lesbische Frauen organisiert gewesen, auch wenn für sie die Lage geringfügig entspannter gewesen sei. Lesbischer Sex gilt zwar seit 2000 ebenfalls als »schwere Unzucht«, doch die Öffentlichkeit habe von lesbischen Frauen keine so klaren Stereotypen wie von schwulen Männern, erklärt Bwire.

Im November 2008 wurde Bwire verhaftet – wegen »Werbung für Homosexualität«. Im Gefängnis von Kollolo musste er Zwangsarbeit leisten, nach zwei Wochen, gelang ihm die Flucht. Nach Deutschland kam er, weil er sich kurz vor seiner Verhaftung für eine Journalistenfortbildung der deutschen Entwicklungs-NGO Inwent beworben hatte.

Das solche Haltungen zu gleichgeschlechtlicher Liebe sich auch in Europa erhalten, musste Bwire bei einer Veranstaltung Ende Januar in Oldenburg erfahren, als er auf Einladung des örtlichen Antirassismus-Plenums im Kulturzentrum Alhambra seine Geschichte erzählte, meldeten sich einige afrikanische ZuhörerInnen zu Wort: Schwulsein sei »unafrikanisch« und verbreite Krankheiten, musste Bwire sich anhören.

Ein Freund von ihm, Frank Mugisha, hat vor einigen Jahren in Kampala »Icebreakers Uganda« gegründet, eine Selbsthilfeorganisation, um Schwule bei ihrem Coming-Out zu unterstützen. »Die meisten Ugander verstehen überhaupt nicht, was Schwulsein heißt,« sagt Mugisha. Es sei »immer die Rede von Sodomie, die glauben wir machen irgendwas mit Tieren und wären von Weißen dazu überredet worden.« »Es geht mir nicht einmal um Rechte. Sie müssen uns meinetwegen nicht erlauben zu heiraten oder uns in der Öffentlichkeit zu küssen. Ich wäre schon froh, wenn die Kriminalisierung ein Ende hätte. Das muss aufhören.« Er hat ein Visum für die USA, will aber im Land bleiben, bis dieses Ziel erreicht sei – auch wenn die Bahati-Bill Gesetzeskraft erlange.

Das will auch Peter Yiga. »Auch wenn ich mich hier nicht wohl fühle: Ich will diesen Kampf nicht verlieren«, sagt der Sprecher der ugandischen »Gay-Lesbian-Transsexual Alliance«. Sein Verband kümmert sich vor allem um den Schutz von Transsexuellen. »Es gibt einige geschützte Räume, in denen Transsexuelle arbeiten können. In den meisten Fällen müssen sie aber das Land verlassen, oft gehen sie in die USA oder nach Kanada.« Ansonsten drohten Übergriffe. Ende 2009 seien zwei Trans-

sexuelle verhaftet worden, einer von ihnen sei im Gefängnis zu Tode geprügelt worden.

Als er 16 war, fand seine Familie heraus, dass Yiga schwul war und sich mit Männern traf, er lebte auf dem Land bei Masaka, südwestlich von Kampala. Die Eltern und Geschwister verstießen ihn. »Ich ging dann zu einem älteren Mann«, sagt Yiga. Der »ältere Mann« war ein katholischer Priester, der in einem Kloster lebte. Er zahlte Yigas Miete und Schulgeld, die beiden hatten ein Verhältnis. Als Yiga 23 war, starb der Priester. Yiga ging nach Kampala, studierte Informatik, später Japanisch in Nairobi. Er traf Menschen aus der Schwulen- und Lesbenszene, konnte seine Neigungen ausleben, doch der gesellschaftliche Druck blieb. »Egal wo: Wenn die Leute rauskriegen, dass du schwul bist, fliegst du raus«, sagt er. Immer wieder musste er die Wohnung wechseln, mit einem Partner zusammen zu leben, war schwierig. Seine letzte Anstellung als Systemadministrator bei einer Kirche verlor er, weil er mit einem anderen Techniker, der dort arbeitete, zusammen war. Ein Kollege las zufällig eine E-Mail, und die beiden saßen auf der Straße.

2002 tat er sich mit einer lesbischen Frau zusammen, die beiden zeugten ein Kind. »Das war eine pragmatische Lösung für uns beide«, sagt Yiga. Seine Geschäfte als selbständiger IT-Händler laufen gut, er kann die Tochter auf eine Internationale Schule schicken. Seine Tochter aber wollen er und die Mutter zur Adoption freigeben: »Es ist besser für sie, wenn sie nicht in einem Haushalt aufwächst, in dem sie ihren Vater mit einem Mann und ihre Mutter mit einer Frau sieht. Soweit ist die Gesellschaft noch nicht.«

Immerhin: Die Interventionen europäischer Regierungen, die glaubhaft drohten, Museveni den Geldhahn zuzudrehen, zeigten zumindest vorerst Wirkung. Bis zur demnächst anstehenden Wahl liegt der Gesetzentwurf des Abgeordneten Bahati erstmal auf Eis.

Doch Uganda ist keineswegs das einzige Land, in dem Schwule solche Probleme haben. Für weltweites Aufsehen sorgte im Herbst vergangenen Jahres der Fall eines Schwulenpaares in Malawi. Sie wurden der »groben Unzucht« und »unnatürlicher Handlungen« für schuldig befunden. Im Dezember 2009 hatten sich Steven Monjeza (26) und Tiwonge Chimbalanga (20) öffentlich verlobt, danach wurden sie verhaftet. Der Richter, so ihr Anwalt, habe eine abschreckende Strafe verhängt und erklärt, die Öffentlichkeit müsse »vor solchen Leu-

ten geschützt« werden. 14 Jahre Haft ist in Malawi die Höchststrafe für Homosexualität.

Biografien wie die von Kato, Bwire, Mugisha, Yiga oder des malawischen Pärchens sind in Afrika keine Seltenheit. In vielen Ländern auf dem Kontinent gibt es harte Strafen für nicht-heterosexuelle Orientierungen. In der letzten Zeit geht dies in Teilen Afrikas verstärkt auf den wachsenden Einfluss evangelikaler Organisationen zurück. Aber auch katholische Kirche und Islam tragen ihren Teil dazu bei, die Versuche, die Grenzen traditioneller Lebensentwürfe zu überwinden, zurückzuschlagen. Ihre reaktionäre gesellschaftspolitische Lobbyarbeit macht auch vor heterosexuellen Frauen nicht Halt.

Aufschlussreich zu beobachten war dies ebenfalls im Mai vergangenen Jahres bei einer Veranstaltung der grünen Heinrich-Böll-Stiftung in der kenianischen Hauptstadt Nairobi. In dem von Korruption und ethnischen Unruhen geplagten Land wurde zu jener Zeit der Entwurf für eine neue Verfassung diskutiert. Die sollte in erster Linie die in der Vergangenheit zu Willkür und Ausplünderung genutzte Machtfülle des Präsidenten beschneiden, aber auch soziale und bürgerliche Rechte festschreiben und stärken – kurzum, die kenianische Gesellschaft modernisieren. Präsident Mwai Kibaki und Ministerpräsident Raila Odinga hatten dies im Februar 2008 vereinbart, nachdem bei ethnischen Unruhen mehr als 1.000 Menschen starben und 600.000 vertrieben wurden.

Monatelang debattierte eine Verfassungskommission, am Ende stand ein 197-seitiger Entwurf, der überall im Land verteilt und auf allen Kanälen bekannt gemacht wurde. Doch von den mehr als 260 Artikeln interessierte die Öffentlichkeit vor allem einer, nämlich der Artikel 26: *»Jede Person hat das Recht auf Leben. Das Leben eines Menschen beginnt mit der Empfängnis. Niemand wird absichtlich seines Lebens beraubt, außer in dem Umfang, den diese Verfassung oder andere geschriebene Gesetz es erlauben. Abtreibung ist nicht erlaubt, es sei denn, wenn es nach Meinung eines Arztes notwendig ist, weil das Leben oder die Gesundheit der Mutter in Gefahr sind oder wenn durch eine anderes schriftliches Gesetz zulässig ist.«* Mit anderen Worten: Das Parlament sollte die Möglichkeit erhalten, ein Recht auf eine persönlich motivierte Abtreibung einzuführen, das nicht auf medizinische Notlagen beschränkt ist.

Zu jener Zeit waren Abtreibungen in Kenia grundsätzlich verboten, mit Ausnahme medizinischer Notfälle. Dies umfasste allerdings bereits eine Gefährdung der Gesundheit – es musste nicht das Leben der Schwangeren durch eine Geburt bedroht sein. Für Frauen in dem Land stellte dies dennoch ein riesiges Problem dar, denn ungewollte Schwangerschaften sind dort wie andernorts keine Seltenheit. Nach einer Studie des amerikanischen »Center for Reproductive Rights« (CRR) aus New York sind die Folgen des Verbots für Frauen deshalb »verheerend«. »Der Kampf um das Recht auf Abtreibung ist ein Kampf um das Leben der ke-

# Kritik organisieren.

**Jungle World.** Die linke Wochenzeitung.  
Am Kiosk und im Netz: [jungle-world.com](http://jungle-world.com)



nianischen Frauen«, schrieb die CCR-Präsidentin Nancy Northup. Frauen in Kenia würden mit Bleichmitteln und anderen »gefährlichen Flüssigkeiten« selber Abtreibungen versuchen. »Zehntausende« würden hierzu auch »spitze Gegenstände« wie Metalldrähte oder Stricknadeln benutzen. Die restriktiven Gesetze würden Frauen zu solchen Praktiken zwingen, so die Studie.

Doch viele fundamentale Gruppen in dem Land, evangelisch wie katholisch, blieben von solchen Feststellungen unbeeindruckt. Sie wollten nicht nur eine Aufweichung des Abtreibungsverbots verhindern – sie betrachteten die Verfassungsdebatte vielmehr als Gelegenheit, um das Abtreibungsrecht weiter zu verschärfen. Sie machten mobil, und versuchten auf allen Ebenen Druck aufzubauen, um die Verfassungskommission zu beeinflussen. Die Botschaft, die monatelang auf den überaus populären kirchlichen Radiostationen zu hören war, war eindeutig: Kein Christ dürfe für eine Verfassung stimmen, wenn diese das »Recht auf Leben« verletzte. Nur, soweit ließen sich die Kirchenführer ein, bei unmittelbarer Lebensgefahr für die Mutter solle der Schwangerschaftsabbruch erlaubt bleiben. Der »Nationale Rat der Kirchen« in Kenia verlangte, die Gesellschaft solle »Sicherheitsnetze« für junge Familien aufbauen, statt zu erlauben, dass werdendes Leben ermordet werde.

In diesem Klima meldete sich auch die Heinrich-Böll-Stiftung zu Wort. Ihre »East and Horn of Africa«-Sektion ist seit langem in dem Land vertreten und verfolgt hier, wie in vielen Ecken der Welt, eine ganz eigene Agenda. Ihr Geschäftsführer, der Bremer Ur-Grüne Ralf Fücks, formuliert es recht maßlos so: »Wir sind ein alternativer Global Player.« Und als solcher will man offenbar vor allem eines: von den Mächtigen wahrgenommen werden. Dafür ist man ganz offensichtlich bereit, grüne Urforderungen wie eben die Abschaffung des § 218 in Deutschland, nicht über Gebühr zu propagieren, sofern es der Akzeptanz als politischer Akteur in anderen Teilen der Welt nutzt.

Ende April letzten Jahres lud die Stiftung zu ihrem monatlichen »Gender Forum« in den noblen »Safari-Club« in Nairobi ein. »Saving the Mother; Saving the Child, Saving the Constitution« hieß die angesetzte Podiumsdiskussion, deren Teilnehmer sich komplett aus dem politischen Mainstream zusammen setzten. Diskutanten, die ein grundsätzliches Recht auf Abtreibung verlangten, waren nicht dabei – die Stiftung fürchtete wohl einen Akzeptanzverlust bei den Kirchen und den

vor ihnen buckelnden politischen Eliten. Da organisierte sie lieber eine reaktionäre Schaubatte, in der nur das wiedergekaut wurde, was konservative und klerikale Akteure auch ohne die Hilfe einer grünen Stiftung aus Europa hinbekommen hätten. Zum Dank der Anbiederung an den herrschenden Diskurs wurde die Stiftung mit einer Liveübertragung ihrer Debatte im Fernsehen belohnt.

Neben einem Professor der gynäkologischen Gesellschaft Kenias hatte die HBS einen Priester von »Christ is the Answer«, eine Anwältin des »Christian Lawyers Fellowship« und eine so genannte Frauenrechtlerin von der »League of Kenya Women Voters« eingeladen, über die »No«-Kampagne des Klerus sollten sie diskutieren. Im Publikum des holzgetäfelten Saales hatten junge Männer aus dem Priesterseminar Platz genommen, unter den Arm hatten sie demonstrativ blaue Bibeln geklemmt; sie waren gekommen, um den Abtreibungsgegnern zu applaudieren. Eigentlich hätten sie die ganze Zeit klatschen können, denn auf die Idee, zu fordern, dass Frauen allein entscheiden dürfen sollen, ob sie ein Kind austragen möchten oder nicht, kam niemand.

»Dieses Land hungert«, sagte stattdessen etwa der »Christ is the Answer«-Vetreter. »Es hat so viele Probleme, es hungert nach Lösungen.« Und genau deshalb brauche es auch eine neue Verfassung. Dock wenn diese die Tötung ungeborenen Lebens gestatte, dann sei sie »wie für einen Hungernden ein Brot, in dem man eine Zyankali-Kapsel versteckt hat.« Es würde den Hungernden »ganz kurz satt machen, aber gleich darauf stirbt man.« Das gleiche würde Kenia blühen, wenn das Parlament künftig das Recht hätte, einen Paragraphen 218 zu verabschieden. Die jungen Männer mit den blauen Bibeln jubelten.

Auf eine ähnlich geistreiche Metapher verfiel auch die Anwältin des »Christian Lawyers Fellowship«. In einem Land, dessen Bevölkerung 2009 um 2,8 Prozent gewachsen ist, brachte sie folgende Einlassung zu Stande: »Es ist wahr, wir haben so viele Probleme. Und ja, es ist wahr, wir brauchen die neue Verfassung, um sie zu lösen. Und wir haben wunderbare, junge Menschen, die diese Probleme lösen werden. Aber wenn wir heute nicht acht geben, und diesen Irrweg stoppen, dann ist in zwei, drei Generationen niemand mehr da, der die Probleme dieses Landes lösen kann.«